

# **V**aR

Julia Angster

## **Erdbeeren und Piraten**

Die Royal Navy und die Ordnung der Welt 1770-1860

Zweite, unveränderte Auflage

Vandenhoeck & Ruprecht

#### Mit 7 Abbildungen

Umschlagabbildung: Matavai Bay and Point Venus, Tahiti, 1773, Oil by William Hodges. ullstein bild – Granger Collection –

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-525-30037-4 ISBN 978-3-647-30037-5 (E-Book)

© 2012, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen/ Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A. www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Printed in Germany.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen Druck und Bindung: ⊕ Hubert & Co, Göttingen

### Inhalt

Einleitung	7
I. Die Royal Navy um 1800 Orte ohne Ort: Das Schiff als sozialer Raum Die Royal Navy als staatliche Institution: Organisation und Verwaltung	28
II. Die Rationalisierung des Raums Die Lage des Landes: Erkundungsfahrten von Cook bis Franklin Verzeichnen und normieren: Die Kartographen der Royal Navy	64
III. Die Ordnung der Natur  Sammeln, beschreiben und klassifizieren: Naturkundler an Bord  Aus der Wildnis einen Garten machen:  Die »Verbesserung« der Natur durch die Royal Navy	146
IV. Recht und Ordnung  Diebe und Barbaren: Das Menschenbild der Entdeckungsfahrer  Eigentum, Arbeit und Fortschritt: Landwirtschaftliche Reformen in Großbritannien und im Empire  Der Ozean als Rechtsraum: Der Kampf gegen Piraten und die Durchsetzung europäischer Eigentumskonzepte und Rechtsnormen auf See	193
Fazit	283
Quellenverzeichnis	295
Bibliographie	309
Danksagung	344

## **Einleitung**

Far off like floating seeds the ships Diverge on urgent voluntary errands (W. H. Auden: On This Island.)

Im Februar 1792 pflanzte Captain William Bligh am Fuß eines Hügels auf Tasmanien, etwa 300 Meter vom Ufer entfernt, neun Eichensetzlinge, fünf Feigen, drei Granatäpfel, drei Quitten, einen Rosmarin und zwanzig Erdbeerpflanzen. In der Nachbarschaft, auf Penguin Island und Grass Point, pflanzte er außerdem Fichten, Aprikosen und einen Pfirsichstein. Am Strand, in einem kleinen Bach, setzte er einen Topf mit Wasserkresse. 1 Bligh, der drei Jahre zuvor durch die Meuterei auf der Bounty berühmt geworden war, war ein Offizier der Royal Navy, der britischen Kriegsmarine. Sein Auftrag war es, Brotfruchtpflanzen von Tahiti nach Jamaika zu bringen, damit dort die Sklaven auf den britischen Zuckerrohrplantagen billiger ernährt werden konnten: eine botanische Mission im Interesse der britischen Wirtschaft. Aber auch seine gärtnerische Tätigkeit beim Zwischenhalt vor der Küste Australiens geschah im Auftrag der Admiralität und damit im Auftrag der britischen Regierung. Die Gartenarbeit war keine Erholung, sondern britische Machtpolitik. Bligh ordnete hier im Kleinen die Natur neu, »verbesserte« sie im Namen des britischen Staates. Damit leistete er einen kleinen Beitrag zu einer globalen maritimen Ordnungspolitik, welche die Grundlage für die britische Weltmachtstellung im 19. Jahrhundert legte. Sie zielte auf die geographische Wahrnehmung der Welt, auf die Natur und die Rechtsvorstellungen wie sozialen Praktiken anderer Kulturen. Captain Blighs Reise war somit Teil der britischen Übersee-Expansion, eine Form imperialer Machtpolitik. Diese Expansion wird hier jedoch nicht als militärische, sondern als kulturelle und gesellschaftliche Ausbreitung, als Europäisierung der Welt verstanden. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die weltweite Durchsetzung einer europäischen Rechts- und Eigentumsordnung.

Großbritannien stand damals am Beginn einer Phase, in deren Verlauf es zur größten Macht auf dem Globus, zur einzigen Weltmacht seiner Zeit aufsteigen sollte. Es war die Zeit des sogenannten Second British Empire, das sich nach dem

PRO ADM 55/152, Log HMS Providence 1791, 1792, Captain William Bligh: 22. Februar 1792, Remarks; Ibid. Samstag, 11. Februar 1792; Ibid., 9. Feb. 1792 Adventure Bay: Remarks in Adventure Bay. - Civil Account.

Verlust der nordamerikanischen Kolonien 1783 herausbildete und bis etwa 1860 Bestand hatte, ehe es vom allmählich aufkommenden Zeitalter des Hochimperialismus abgelöst wurde.<sup>2</sup> Das erste britische Empire, dessen Ursprung in der britischen Expansion des 16. Jahrhunderts lag, hatte sein Zentrum im Atlantik, mit den nordamerikanischen Kolonien als angelsächsischem Siedlungsraum und der Karibik als wirtschaftlichem Motor. Seit den 1780er Jahren – Vincent Harlow setzte diesen Zeitraum sogar noch deutlich früher an - war diese räumliche Zentrierung jedoch verloren gegangen. Das britische Empire wandelte sich in mehrfacher Hinsicht. Es öffnete und verlagerte sich räumlich, mit einem neuen Schwerpunkt in Indien und Südostasien, ohne daß aber der Atlantikhandel aufgegeben worden wäre. Denn nach kurzer Zeit nahmen die nun unabhängigen nordamerikanischen Staaten wieder eine bedeutende Rolle in der britischen Handelsbilanz ein.<sup>3</sup> Zugleich änderte sich aber auch der Charakter des Empire; es wurde vielschichtiger und komplexer.4 Neben den Siedlungskolonien in Kanada, New South Wales, Südafrika und der karibischen Plantagenwirtschaft spielte Indien eine wachsende Rolle. Hier agierte aber nicht die britische Regierung, sondern die

Für diese Periodisierung: P. J. Marshall: The First British Empire, in: Robin W. Winks, Hg.: The Oxford History of the British Empire, Bd. 5: Historiography, Oxford 1999, S. 43-53; P. J. Marshall: Britain Without America - A Second Empire?, in: Marshall: OHBE Bd. 2: The Eighteenth Century, S. 576-595; Christopher A. Bayly: The Second British Empire, in: Winks: Historiography, S. 54-72; Vincent T. Harlow: The Founding of the Second British Empire, 1763-93, 2 Bde. Oxford 1952-1964; Christopher A. Bayly: Imperial Meridian. The British Empire and the World, 1780–1830, London 1989, bes. S. 136f, 155ff., 235ff.; Ronald Hyam: Britain's Imperial Century 1815-1914. A Study of Empire and Expansion (Cambridge Imperial and Post-Colonial Studies), 3. Aufl. London 2002. Insgesamt ist die Literatur zum British Empire kaum noch zu überblicken. Siehe als exzellenten Überblick: Wm. Roger Louis, Hg.: The Oxford History of the British Empire, 5 Bde., 2. Aufl. 2001; hier auch den Literaturüberblick: Robin H. Winks, Hg.: Historiography, The Oxford History of the British Empire, Vol. 5, Oxford 2. Aufl. 2001; siehe auch Benedikt Stuchtey: Nation und Expansion. Das britische Empire in der neuesten Forschung, in: Historische Zeitschrift 274/2002, S. 87-118. Für den neueren Ansatz der Welt- oder Globalgeschichte in diesem Feld siehe als Beispiel: Christopher A. Bayly: The Birth of the Modern World 1780-1914. Global Connections and Comparisons, Oxford 2004; Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009. Zum amerikanischen Unabhängigkeitskrieg: Harry T. Dickinson, Hg.: Britain and the American Revolution, London 1998; Stephen Conway: The War of American Independence, London 1995; ders.: Britain and the Revolutionary Crisis, 1763-1791, in: Marshall: OHBE, Bd. 2: The Eighteenth Century, S. 325-346.

Vincent T. Harlow: The Founding of the Second British Empire, 1763–1793, 2 Bde. London 1952–54; Bayly: Second British Empire; Hyam: Britain's Imperial Century; David Mackay: In the Wake of Cook. Exploration, Science, and Empire, 1780–1801, London 1985; Martin Lynn: British Policy, Trade, and Informal Empire in the Mid-Nineteenth Century, in: Andrew Porter, Hg: The Oxford History of the British Empire, Bd. 3: The Nineteenth Century, S. 101–121.

<sup>4</sup> Andrew Porter, Hg: OHBE Bd. 3.: The Nineteenth Century, Oxford 1999; Bayly: Imperial Meridian; Hyam: Britain's Imperial Century; C. C. Eldridge, Hg.: British Imperialism in the Nineteenth Century, London 1984.

britische Handelsgesellschaft East India Company als koloniale Macht, zunächst über Handelsabkommen und politische Bündnisse mit lokalen Machthabern, seit Ende des 18. Jahrhunderts aber zunehmend auch als eigenständige militärische und territoriale Macht.5

In diesem Second British Empire spielte die Wirtschaft keineswegs die wichtigste oder alleinige Rolle, wie es in der älteren Literatur gern betont wurde.<sup>6</sup> Auch territoriale Herrschaft war nicht das wesentliche Merkmal dieser Phase britischer imperialer Politik, die auch als »informal Empire« bezeichnet wird.<sup>7</sup> Denn die britische Vormachtstellung im außereuropäischen Raum beruhte nur zum Teil auf formaler staatlicher oder militärischer Herrschaft über fremde Territorien - wie im Fall der Siedlerkolonien und zunehmend auch Indiens, wo die East India Company immer mehr zum Instrument quasi-staatlicher und territorialer Herrschaft mutierte. Zu einem wachsenden Teil beruhte dieses informelle, zweite Empire auf »weicheren« Formen der Machtausübung. Hierzu gehörten Handelsbeziehungen und Finanzströme, Netzwerke von Wegen und Stützpunkten, Kommunikationsverbindungen und Einflußsphären, in denen Händler, Finanziers, Konsuln, Missionare und Marineoffiziere die wesentlichen Akteure waren, staatliche und gesellschaftliche Kräfte also parallel oder gemeinsam aktiv waren.8 Dazu gehörte auch ungehinderter Zugang zu allen Weltgegenden, die Möglichkeit der Präsenz vor Ort und die Fähigkeit, Einfluß auf Verhältnisse zu nehmen, die nicht in den unmittelbaren eigenen Herrschaftsbereich fielen. Jürgen Osterhammel hat dies

<sup>5</sup> Hyam: Britian's Imperial Century, S. xviif.; Susan Bayly: The Evolution of Colonial Cultures: Nineteenth-Century Asia, in: Andrew Porter, Hg.: The Oxford History of the British Empire, Vol. 3: The Nineteenth Century, 2. Aufl. Oxford 2001, S. 447-469.; C. A. Bayly: Imperial Meridian. The British Empire and the World, 1780–1830, London 1989. Zu Indien siehe den Literaturbericht: Robert E. Frykenberg: India to 1858, in: Robin Winks, Hg.: The Oxford History of the British Empire, Bd. 5: Historiography, S. 194-213.

<sup>»</sup>Let it be agreed then that the theory of >economic imperialism« is dead, and that there is no further point in trying to discuss British imperial history within the framework it has created. Whatever the motives for British empire and expansion in the nineteenth century, they cannot in the main be ascribed to an economic taproot of powerful interests seeking to find markets for >their surplus goods and their surplus capital<...« Ronald Hyam/G. Martin: Reappraisals in British Imperial History, London 1975, S. 1; Hyam: Imperial Century, S. xv. Dieses Argument Hyams richtet sich gegen: P. J. Cain/A.G. Hopkins: British Imperialism, 1688-1914, 2. Aufl. London 2000. Für einen Vergleich der Positionen siehe: A. N. Porter: Birmingham, Westminster and the City of London. Visions of Empire Compared, in: Journal of Historical Geography, 21/1995, S. 83-87. Für Kapitalismus als Ausdruck, nicht Ursache britischen Machtstrebens F. H. Hinsley: Power and the Pursuit of Peace. Theory and Practice in the History of Relations between States, London 1963, S. 358, zit. in: Hyam, Imperial Century, S. xv.

Harlow: Second British Empire; Wm. Roger Louis: Introduction, in OHBE, Bd. 5: Robin Winks, Hg.: Historiography, 2. Aufl. Oxford 2001, S. 1-42, hier S. 5.

Bayly: Imperial Meridian; Bayly: Second British Empire; Paul Kennedy: The Rise and Fall of British Naval Mastery, 2. Aufl. (Penguin Classic Ausgabe) London 2002, S. 153.

so beschrieben: »Das britische Empire war darin einzigartig, dass sein territorial definierter Kern (das *formal empire*) von zwei weiteren konzentrischen Kreisen umgeben war: der nicht randscharf begrenzten Sphäre, in welcher Großbritannien ›informell‹ maßgebenden Einfluß ausüben konnte, sowie den globalen Raum einer britisch geprägten, aber nicht britisch kontrollierten Weltwirtschafts- und Weltrechtsordnung.«<sup>9</sup>

Meine Studie geht von der Grundannahme aus, daß genau dieser globale Ordnungsrahmen die Voraussetzungen geschaffen hat für das ökonomische Freihandelsimperium, die imperiale Weltmachtstellung Großbritanniens im 19. Jahrhundert und die sogenannte Pax Britannica, die unangefochtene Hegemonialposition Großbritanniens im internationalen Staatensystem, die von den Napoleonischen Kriegen bis um 1860 anhielt. Dieser Ordnungsrahmen war kultureller und rechtlicher Natur. Es gelang Großbritannien in dieser Phase, die internationale Ordnung nach eigenen Interessen und Vorstellungen zu strukturieren – und zwar auch jenseits von Staatenbeziehungen und weit über die eigenen Territorien, Kolonien und Interessengebiete hinaus: Raum, Natur und Recht waren die Gegenstände einer umfassenden maritimen Ordnungspolitik, an der die britische Kriegsmarine als politischer Akteur, als global agierende Regierungsbehörde, einen wesentlichen Anteil hatte. Die britische Hegemonie beruhte nicht zuletzt auf der Fähigkeit,

<sup>9</sup> Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 661.

<sup>10</sup> Osterhammel: Die Verwandlung der Welt, S. 661. Für die Datierung der Pax Britannica bei Paul Kennedy (1815 bis 1859) siehe: Kennedy: The Rise and Fall of British Naval Mastery, S. 149–175, S. 177. Für das internationale Staatensystem im 19. Jahrhundert: Benjamin Miller: States, Nations and the Great Powers. The Sources of Regional War and Peace (Cambridge Studies in International Relations, Bd. 104), Cambridge 2007; Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, 5. Aufl. Frankfurt/M. 2005; Jeremy Black: Great Powers and the Quest for Hegemony. The World Order Since 1500, London 2008; Francis Roy Bridge: The Great Powers and the European States System, 1815–1914, 2. Aufl. Harlow u. a., 2005; Roger Bullen: The Great Powers and the European States System, 1815–1914, 10. Aufl., London 1991; Anselm Doering-Manteuffel: Vom Wiener Kongreß zur Pariser Konferenz. England, die Deutsche Frage und das Mächtesystem, 1815–1856, Göttingen 1991. Außerdem Walter Demel: Europäische Geschichte des 18. Jahrhunderts. Ständische Gesellschaft und europäisches Mächtesystem 1689/1700–1789/1800, Stuttgart 2000.

Für das Strukturieren der Weltordnung nach eigenen Vorstellungen« berufe ich mich auf Joseph Nye; da das Konzept jedoch einen anderen analytischen Fokus einnimmt – Nye bezieht sich auf die USA nach 1945 und meint die Hegemonie einer Groß-/Supermacht durch freiwillige Mitwirkung der anderen Mächte (»Make them want what you want«) – verzichte ich hier auf den Begriff der »soft power«: Joseph S. Nye: Soft Power. The Means to Success in World Politics, New York 2004; ders.: Bound to Lead: The Changing Nature of American Power, New York 1990; ders.: Understanding International Conflicts: An Introduction to Theory and History, New York, 3. Aufl. 1999.

die Weltmeere als Werte- und Rechtsraum zu ordnen, sie basierte damit auf der Universalisierung liberaler, angelsächsischer Ordnungsvorstellungen.<sup>12</sup>

Die Royal Navy war zu Beginn des 19. Jahrhunderts das wichtigste außenund machtpolitische Instrument der britischen Regierung. Seit der Schlacht von Trafalgar im Oktober 1805, als die französische und die spanische Flotte von der britischen vernichtend geschlagen wurden, bestimmten die hölzernen Segelschiffe der Royal Navy die Entwicklung der internationalen Beziehungen mit.<sup>13</sup> Für die britische Weltmachtstellung in dieser Epoche spielte Seemacht eine zentrale Rolle.14 Was aber ist mit Seemacht gemeint? Die gängigen Definitionen in der Literatur zur Marinegeschichte lauten, Seemacht werde durch eine in Bewaffnung und Größe überlegene Kriegsflotte garantiert, die den Zugang zu Territorien und Handelswegen sichere und insbesondere große Armeen jederzeit und ungehindert in eigene oder fremde Territorien verfrachten könne. 15 Dieses Verständnis von Seemacht entspricht jedoch den Bedingungen und außenpolitischen Grundannahmen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, als darüber gestritten wurde, ob ein Nationalstaat Seemacht oder Landmacht sein müsse, um Weltmacht zu sein. 16 Für die Gegebenheiten eines informellen Empire, das zu großen Teilen eben nicht aus staatlich kontrollierten Territorien bestand, ist diese Definition zu eng gefaßt.

Wie aber funktionierte maritime imperiale Politik in einem informellen, nichtterritorialen Empire? Wie übte Großbritannien staatliche Macht aus in »Übersee«, jenen pauschal bezeichneten und vom Meer her gedachten Weltregionen - östlich vom Kap der Guten Hoffnung und westlich von Kap Hoorn, also im Pazifik, im Indischen Ozean und in Ozeanien -, die nur per Schiff zu erreichen waren; in denen die britische Armee keine Rolle spielte und die britischen Kriegsflotten, die großen, im Verbund agierenden Schlachtschiffe, wegen ihrer begrenzten Reichweite

<sup>»</sup>If oceans were in some sense quintessentially 'global', it was not because they were assumed to be empty, vast, and lawless but because globally circulating processes were transforming them into a different kind of bounded legal space.« Lauren Benton: Legal Spaces of Empire. Piracy and the Origins of Ocean Regionalism, in: Comparative Studies in Society and History, 47/4, 2005, pp. 700-724, hier S. 724; siehe auch dies.: Law and Colonial Cultures. Legal Regimes in World History, 1400–1900, Cambridge, CUP, 2002; dies.: A Search for Sovereignty. Law and Geography in European Empires, 1400-1900, New York (Cambridge UP) 2010.

<sup>13</sup> Kennedy: Naval Mastery, S. 163.

<sup>14</sup> Alfred Thayer Mahan: Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte 1660-1812, Herford 1967, S. 222; Kennedy: Naval Mastery.

<sup>»</sup>Sea power is that form of national strength which enables its possessor to send his armies and commerce across those stretches of sea and ocean which lie between his country or the countries of his allies, and those territories to which he needs access in war; and to prevent his enemy from doing the same. « H. W. Richmond: Statesmen and Seapower, Oxford 1946, S. ix.

Alfred Thayer Mahan: The Influence of Seapower Upon History 1660-1783, New York 1890; John Halford MacKinder: The Geographical Pivot of History, in: The Geographical Journal, No. 4, Vol. 23, April 1904, S. 421-444.

nicht agieren konnten? Tatsächlich muß man nach Zugang und Präsenz fragen: Nur Großbritannien konnte sich auf allen Weltmeeren ungehindert bewegen. Die anderen Großmächte mochten wohl über Kolonien verfügen - Großbritannien hatte 1815 einen guten Teil seiner im Krieg erworbenen Gebiete an Frankreich und die Niederlande zurückgegeben. Jedoch nur Großbritannien war imstande, aus seinen Kolonien weltpolitischen Nutzen zu ziehen, denn die vom langen Krieg geschwächten und ihrer Flotten beraubten Kontinentalmächte hatten weder die Kraft noch das Interesse, eine dauerhafte Präsenz in Übersee aufrechtzuerhalten.<sup>17</sup> Großbritannien verlor daher mit dem Friedensschluß in Wien 1815 zwar einige seiner territorialen Besitzungen, erbte jedoch zugleich die holländischen und französischen Märkte und Einflußsphären und war obendrein imstande, allen anderen Mächten den Zugang zu diesen Märkten und Kolonien zu verwehren. <sup>18</sup> Am Ende der Napoleonischen Kriege war Großbritannien somit die einzige europäische Macht, die imstande war, in globalem Maßstab zu agieren. Es war die einzige Weltmacht. Verglichen mit der Karte des Empire von 1914, in der die britisch kontrollierten Territorien in roter Farbe dargestellt sind, weist jene des zweiten britischen Empire noch um 1850 nur wenige Flächen unter britischer Herrschaft aus. 19 Sie zeigt vielmehr zahlreiche Stützpunkte an strategisch und politisch wichtigen Orten auf der Weltkarte, wie etwa am Kap der Guten Hoffnung, um das der gesamte Indien- und Südostasienhandel segeln mußte, wollten sich die Schiffe nicht der um ein vielfaches mühsameren und gefährlicheren Passage um Kap Hoorn aussetzen. Tatsächlich muß man die Karte des zweiten Empire jedoch als ein Negativ lesen: Man muß die See als die Fläche sehen, auf der sich Großbritannien völlig ungehindert bewegen konnte, und die Küsten der Kontinente als die Grenze dieses Gebietes. Diese Küsten - wenn auch nicht automatisch das Landesinnere und mit der Ausnahme der amerikanischen Küsten - standen der britischen Präsenz und dem britischen Einfluß offen. Das Empire des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts wurde von britischen Kartographen, Seeleuten und Händlern vom Meer her gedacht. Diese Perspektive führte zur Vorstellung eines globalen Zugangs, globalen Handlungsspielraums und globaler Verantwortung Großbritanniens.

<sup>17</sup> Kennedy: Naval Mastery, S. 157. Insgesamt aber gewann das Empire auch territorial: »The French Wars saw the greatest expansion of British imperial dominion since the creation of the colonies of settlement in Ireland and America in the seventeenth century. Most later extensions of the empire, whether in Africa in the 1880s and the 1890s or in the Middle East after the First World War, were the slowly matured consequences of policies laid down by Pitt and Dundas.« Bayly: Imperial Meridian, S. 100.

<sup>18</sup> Ronald Hyam: Britain's Imperial Century, 1815–1914. A Study of Empire and Expansion, 3. Aufl. Basingstoke 2002 (Cambridge Imperial and Post-Colonial Studies), S. 15–17.

<sup>19</sup> Zoë Laidlaw: Das Empire in Rot. Karten als Ausdruck des britischen Imperialismus, in: Christoph Dipper/Ute Schneider, Hg.: Kartenwelten. Der Raum und seine Repräsentation in der Neuzeit, Darmstadt 2006, S. 146–159.

Dies spiegelt sich auch in den Aufgaben und Funktionen der Royal Navy wider. Ihre starke, seit 1815 sogar konkurrenzlose Stellung ermöglichte es Großbritannien, als Garant des europäischen Mächtegleichgewichts zu wirken; das Land konnte im Empire in der Mitte des Jahrhunderts mit seiner »Kanonenbootpolitik« unbotmäßige lokale Machthaber »zur Räson bringen«; und es konnte die eigenen humanitären Überzeugungen zum Regelkanon für andere Staaten erheben, wie beim Verbot des Sklavenhandels, dessen Einhaltung durch die Schiffe anderer Nationen die Royal Navy vor der afrikanischen Küste gewaltsam durchsetzte, wenn auch mit zweifelhaftem Erfolg.<sup>20</sup> Diese Eingriffe in das Staatensystem bzw. die Durchsetzung politischer Ziele gegenüber anderen Staaten waren ein ganz wesentliches Aufgabenfeld und eine Zweckbestimmung der Royal Navy. Damit war aber ihre Funktion für die britische Machtpolitik im Ausland keineswegs vollständig umschrieben.

Betrachtet man das konkrete Handeln der Royal Navy im Pazifik, in Ozeanien, im Indischen Ozean, in Südostasien und in den arktischen Gewässern und betrachtet man zudem diese Aktivitäten im Zusammenhang, so kommt eine Ebene der Machtpolitik jenseits oder unterhalb des Staatensystems zum Vorschein: Ihre Adressaten waren keine Staaten, ihr Ziel waren weder Verträge, Bündnisse noch der Erwerb von Territorien, und ihre Mittel waren nicht militärischer Natur. Sie lief parallel zur »normalen« britischen Außenpolitik, war unauffälliger als diese, aber, so mein Argument, nicht weniger effektiv für die Errichtung einer britischen Weltmachtstellung im 19. Jahrhundert. Sie diente auch nicht ausschließlich oder unmittelbar der britischen Wirtschaftspolitik und dem britischen Welthandel. Zu den Aufgaben der Royal Navy zwischen 1780 und 1860 gehörten auch regelmäßige Erkundungsfahrten im Dienste der Kartographie, der Naturkunde und der Ethnologie. Die britische Kriegsmarine vermaß die Küsten, Meerestiefen und Strömungen aller Weltmeere, sammelte Gesteins- und Pflanzenproben sowie Tierexponate aus aller Welt, finanzierte und transportierte Naturkundler in die entlegensten Winkel der Erde und bestückte die Londoner Museen und Sammlungen mit dem Inhalt ihrer Laderäume. Eine Aufgabe der Royal Navy in Übersee war es, Wissen zu sammeln, geographische, botanische, zoologische und ethnologische Daten und Proben nach Großbritannien zu bringen, wo sie ausgewertet, klassifiziert und systematisiert wurden.

Siehe zur Bekämpfung des Sklavenhandels durch die Royal Navy den Bestand PRO, FO 84: Slave Trade. Als Literaturbericht: Gad Heuman: Slavery, the Slave Trade, and Abolition, in: Robin W. Winks, Hg.: The Oxford History of the British Empire, Bd. 5: Historiography, 2. Aufl. Oxford 2001, S. 315-326. Außerdem Seymor Drescher: The Mighty Experiment. Free Labour Versus Slavery in British Emancipation, Oxford-New York 2002; Jürgen Osterhammel: Sklaverei und die Zivilisation des Westens (Carl Friedrich von Siemens Stiftung: Themen Bd. 70), München 2000.

Hier entstand eine langfristige und umfangreiche Zusammenarbeit zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Kräften, besonders solchen aus dem Bereich der Wissenschaft. Experten in Landwirtschaft, Naturkunde, Kartographie und Geographie wuchs nun eine neue Rolle zu als Berater der Politik im Inland wie im Empire. Seit den 1790er Jahren arbeiteten auf seiten der Regierung Admiralität, War Office und Privy Council (bzw. Board of Trade und Colonial Office) sowie die halbstaatliche East India Company mit gesellschaftlichen Institutionen wie der Royal Society, später der Royal Geographical Society, der African Society und Gentlemen-Scientists wie dem Direktor der Botanischen Gärten in Kew und Präsidenten der Royal Society, Sir Joseph Banks, zusammen.<sup>21</sup> Staatliche und gesellschaftliche Kräfte kooperierten in dieser neuen Form der Wissenschaftspolitik avant la lettre. Wissen erwies sich nach der Mitte des 18. Jahrhunderts als so bedeutend für die europäische Übersee-Expansion, daß es zum Gegenstand der Großmachtkonkurrenz wurde. Mehr noch als Handelsmonopole und territoriale Besitzungen allein schien es der Nation, die es besaß, eine Weltmachtstellung zu ermöglichen. Insbesondere Frankreich und Großbritannien wetteiferten bis 1815 um die naturkundliche und kartographische Erfassung der Welt. Auch in dieser Hinsicht war Großbritannien, durch den Ausgang der Napoleonischen Kriege und die Überlegenheit seiner Marine, den anderen europäischen Mächten bis Mitte des 19. Jahrhunderts weit voraus.

Die Royal Navy trug mit ihren Erkundungsfahrten zu wachsender wissenschaftlicher Erkenntnis bei und half, ein Weltbild zu prägen, das in aufklärerischer Tradition stand und von rationalen, wissenschaftlichen Kriterien geleitet wurde. Die Welt war meßbar und konnte mit den Mitteln der Vernunft erfaßt werden. Dieses spätaufklärerische, empiristische Wissenschaftsverständnis ging davon aus, daß es einen Plan der Schöpfung gab, der der Erkenntnis zugänglich war, indem man die Natur studierte, und zwar durch Sammeln, Systematisieren und Klassifizieren ihrer Bestandteile. Hatte man diese Ordnung erkannt, konnte man sie kontrollieren. Denn das Wissen wurde gesammelt, um es anzuwenden: Die Welt konnte – und sollte – entsprechend den eigenen, britischen Vorstellungen und Erkenntnissen verändert werden, zum Nutzen der gesamten Menschheit.

Die Navy verteilte zudem Pflanzen- und Tierarten an neue Standorte auf dem gesamten Globus; sie ordnete, wenn man so will, die Natur neu, und zwar nach britischen Vorstellungen. Captain Bligh pflanzte Dinge, die aus britischer Sicht die scheinbar unberührte tahitianische Natur zu einem wahren Paradies machen sollten: Erdbeeren, Wasserkresse, Granatäpfel und Rosmarin: Er schuf ein Arkadien. Außerdem setzte er Hühner und Ziegen aus, für Milch und Eier. Und er pflanzte – an allen strategisch wichtigen Punkten entlang der Reisestrecke – Eichen

<sup>21</sup> Richard Drayton: Knowledge and Empire, in: Peter James Marshall, Hg.: The Oxford History of the British Empire, Bd. 2: The Eighteenth Century, Oxford 1998, S. 231–252, hier S. 244.

und Fichten: Eichen für den Rumpf, Fichten für die Masten von Segelschiffen. Es blieb jedoch nicht beim »Verbessern« der Natur: Vielmehr versuchten Briten bald auch, die Lebensweise anderer Kulturen den eigenen Vorstellungen anzupassen. Um 1815 machte sich Gouverneur Thomas Stamford Raffles auf Java und Borneo daran, den indigenen Völkern die Vorteile von Landeigentum, Mietzins, Ackerbau und Handel beizubringen. Er zwang in Südostasien mit Hilfe von Soldaten und der Navy die Bevölkerung einer kleinen, von den Holländern vorübergehend übernommenen Kolonie zur Seßhaftigkeit und zur Geldwirtschaft. Europäische Konzepte von Eigentum und Diebstahl, von Arbeit, Produktion und Handel, von Fleiß, Erfolg und Frömmigkeit wurden so in den außereuropäischen Raum exportiert. »Raubtiervölker« und »nackte Wilde« sollten zivilisiert und an die europäischen Standards herangeführt werden. Wer sich diesem Fortschritt aber verschloß, wurde als Pirat verfolgt. Dies bekamen auch jene Griechen in der Ägäis zu spüren, die in den 1820er Jahren von der Seeräuberei lebten, einem gefährlichen, aber unter den Inselgriechen angesehenen und einträglichen Beruf. Sie wurden von Schwadronen der Royal Navy verfolgt, bis schließlich 1828 die Zeit der Piraten in der Ägäis vorbei war. Mehr noch als über die Verbrechen der raubenden und mitunter mordenden Piraten erregten sich die beteiligten Navy-Offiziere über den offensichtlichen Unwillen der griechischen Regierung, die Konzepte von Eigentum und ehrlicher Arbeit zu achten.<sup>22</sup> Das Ziel, das dem Kampf gegen die Piraterie in der Ägäis zugrunde lag, war nicht die Bestrafung einiger verbrecherischer Piraten, sondern - weil sie sich der Billigung und Unterstützung der Bevölkerung und ihrer Regierung erfreuten - die Erziehung und »Zivilisierung« einer ganzen Nation.<sup>23</sup> Betrachtet man diese scheinbar nebensächlichen Tätigkeiten der mächtigsten Kriegsflotte der Welt also im Zusammenhang und bezieht sie aufeinander, ergibt sich ein deutliches Bild: Es galt, Unordnung in Ordnung zu verwandeln, aus der Wildnis einen Garten zu machen; die fremden Kulturen in Übersee zu Fleiß, Seßhaftigkeit, Ackerbau und »ehrlichem Handel« anzuhalten und jene zu bekämpfen, die sich gegen diese Intention stellten und die als Banditen und Piraten wahrgenommen wurden.

Die zentrale These dieser Studie ist daher, daß erst aus dieser Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Fremden ein globaler Ordnungsanspruch erwuchs. Die spätaufklärerische Neugierde und das empiristische Bedürfnis nach dem Sammeln, Klassifizieren und Kategorisieren von Steinen, Pflanzen, Tieren und Menschen führten zum Wunsch nach Aneignung, Intervention, Neuordnung

<sup>22</sup> C. G. Pitcairn Jones: Piracy in the Levant 1827–8. Selected from the Papers of Admiral Sir Edward Codrington K.C.B., London 1934 (Publications of the Navy Records Society, Vol. LXXII), S. xix,

<sup>23</sup> Codrington an »the President and the Members of the Legislative Body of the Greek Government«, 11. Februar 1828, abgedr. in: Jones: Piracy in the Levant, S. 264f.

und Kontrolle. Eingriffe in außereuropäische Ökosysteme und in die sozialen Praktiken fremder Kulturen sowie die Verbreitung und Durchsetzung eigener Rechtsnormen waren die unmittelbare Folge. Das Ziel war nun die ›Ordnung der Welte nach britischen Vorstellungen und Interessen. Der Begriff der Ordnung wird hier in einem doppelten Sinn benutzt: Die Ordnung der Schöpfung zu erkennen und Ordnung herzustellen, die Welt zu »verbessern«, wurden als ein gemeinsamer Zusammenhang gesehen, als Aufgabe des Menschen in der Welt, als Weg zum Fortschritt. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die weltweite Durchsetzung einer europäischen Rechts- und Eigentumsordnung, insbesondere die Verbreitung des liberalen Eigentumsbegriffs. 24 Dieser präzisierte sich im Zuge der britischen Verwicklungen in Übersee und wurde zum Leitmotiv der globalen maritimen Politik des Landes. Der Eigentumsbegriff läßt die Verbindung von gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Diskursen im Mutterland mit den sozialen Praktiken im außereuropäischen Raum sichtbar werden.<sup>25</sup> Voraussetzung für seine globale Anwendung war die Annahme einer Einheit der Menschheit, deren Völker und Kulturen auf verschiedenen Stufen der Fortschrittsleiter standen und diese nach und nach erklommen, wobei Großbritannien den Weg wies. Die britischen Ordnungsvorstellungen, insbesondere die liberale Eigentumsidee, erhoben Anspruch auf universelle Geltung.26

Untersucht wird in dieser Studie also der Beitrag der Royal Navy zur wissenschaftlichen Erkundung und Erfassung der Welt und zur weltweiten Durchsetzung einer europäischen Rechts- und Eigentumsordnung; es geht um die Ursachen und die Entstehung dieser Ordnungspolitik, die Mechanismen und Methoden ihrer Durchsetzung und schließlich deren Rückwirkungen auf Großbritannien selbst. Denn diese Ordnungspolitik hatte auch Auswirkungen auf das britische Welt- und Selbstbild, und damit auf die Politik des Landes im internationalen Raum. Sie ist eng mit der Geschichte des modernen Liberalismus und des modernen Staates verbunden: Die moderne Idee des territorialen Nationalstaates und die Praxis des bürokratischen Anstaltstaates, wie sie sich im späten 19. Jahrhundert herausbilden, gehören, so wird hier argumentiert, zu den Folgen dieser globalen Ordnungspoli-

<sup>24</sup> Hannes Siegrist/David Sugarman: Einleitung: Geschichte als historisch-vergleichende Eigentumswissenschaft. Rechts-, kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven, in: dies., Hg.: Eigentum im internationalen Vergleich, 18.-20. Jahrhundert (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 130), Göttingen 1999, S. 9-30, S. 13, auch S. 11. Siehe außerdem: Garnsey: Thinking About Property; Günther Lottes, Hrsg: Der Eigentumsbegriff im englischen politischen Denken, Bochum 1995.

<sup>25</sup> Läßt sich also mit Foucault als Dispositiv bezeichnen: vgl. Michael Ruoff: Foucault-Lexikon, Paderborn 2007, S. 101f.

<sup>26</sup> Dies wird auch in den Vorstellungen von einer britischen »Zivilisierungsmission« deutlich: Boris Barth/Jürgen Osterhammel, Hg.: Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert, Konstanz 2005.

tik. Diese Geschichte der Royal Navy und ihrer Aktivitäten im außereuropäischen Raum spielt am und beleuchtet den Übergang von der Vormoderne zur Moderne.<sup>27</sup> Sie ist also im Grunde ein Beitrag zur Geschichte der europäischen Moderne, die nicht zuletzt in der Interaktion mit der außereuropäischen Welt ihr spezifisches Gesicht erhält.

Hintergrund dieser maritimen Machtpolitik im informellen Empire war die Entstehung eines modernen Staates in Großbritannien.<sup>28</sup> Erst der moderne Staat des 19. und 20. Jahrhunderts entwickelte das Interesse, Informationen über die Bevölkerung und über die natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in seinem Einflußbereich zu erheben, um diese dann ordnen, kontrollieren und verändern zu können. Dies ist auch ein Signum der Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts insgesamt, denn vor der »Sattelzeit« ist eine solche wißbegierige und zugleich interventionistische Politik eines Staates gegenüber der eigenen wie fremden Bevölkerungen nicht denkbar.<sup>29</sup> Das Bemerkenswerte daran für unser Thema ist, daß der britische Staat nicht nur auf die eigene, britische Bevölkerung zugriff, und auch nicht nur auf jene seiner Kolonialgebiete, sondern den Anspruch entwikkelte, auch dort Informationen zu erheben und Kontrolle auszuüben, wo er keine

Michel Foucault diagnostiziert den Übergang von der Episteme der Klasssik zur Episteme der Moderne am Übergang zum 19. Jahrhundert: Michel Foucault: Die Ordnung der Dinge, Frankfurt/M. 1971. James C. Scott zählt – vor allem in der Überspitzung der Ideologie der Hochmoderne - folgende Charakteristika auf: »self-confidence about scientific and technical progress, the expansion of production, the growing satisfaction of human needs, the mastery of nature (including human nature), and, above all, the rational design of social order commensurate with the scientific understanding of natural laws.« James C. Scott: Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed, New Haven u. a. 1998, S. 89f.

<sup>28</sup> Zum Wandel des britischen Staates ab 1790: Powell: Nationhood and Identity, S. ixf; 22f. Zum modernen Staat allgemein: Wolfgang Reinhard: Geschichte des modernen Staates. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2007; Graeme Gill: The Nature and Development of the Modern State, Houndsmills 2003; Richard Bonney, Hg.: The Rise of the Fiscal State in Europe c. 1200-1815, Oxford 1999; Michael Braddick: State Formation in Early Modern England, c. 1550-1700, Cambridge 2000; Samuel E. Finner: The History of Government from the Earliest Times, 3 Bde., Oxford 1997; Alexander Gallus/Eckhard Jesse, Hg.: Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart, Köln 2004; Barabara Stollberg-Rilinger, Hg.: Vormoderne politische Verfahren (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 25), Berlin 2001; sowie die Reihe The Origins of the Modern State in Europe, 13th to 18th Centuries, Oxford

<sup>29</sup> Michel Foucault.: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, [1977] Frankfurt/M. 1994; Zygmunt Bauman: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 2005; Scott: Seeing Like a State; Reinhart Koselleck: Einleitung, in: Brunner/Conze/Koselleck: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, S. XIII-XXIII; Ders: Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, 2. Aufl. Frankfurt/M. 1984, S. 107-129; ders., Hg.: Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart 1979; Richard Münch: Die Kultur der Moderne, Bd. 1: Ihre Grundlagen und ihre Entwicklung in England und Amerika, Frankfurt/M. 1993.

Autorität ausübte. Hier wird deswegen kurz die Entwicklung eines modernen Staates in Großbritannien in den Jahrzehnten um 1800 skizziert: Eine Form von Staatlichkeit entstand, die die Bevölkerung nicht mehr als ›Ressource‹ betrachtete, sondern als Gegenstand einer ordnenden Politik.<sup>30</sup>

Der britische Staat war im 18. Jahrhundert zwar stark nach außen, handlungsfähig und effizient in der Außenpolitik, jedoch nicht im Innern.<sup>31</sup> Noch im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts war das Regieren in erster Linie eine lokale Angelegenheit, die von Magistraten bestimmt wurde. Erst allmählich gewann die britische Zentralregierung Einfluß auf breitere Teile der Gesellschaft und gewann politischen Handlungsspielraum. Unter der ersten Regierung William Pitts (1783 bis 1801) wurde die Rolle des Parlaments gegenüber der Krone gestärkt, die Monarchie verlor allmählich ihre dominante Rolle im englischen Staatsgefüge.<sup>32</sup> Diese Entwicklung setzte sich fort bis in die 1830er Jahre, seit denen die Regierung vollends aus dem Parlament hervorging, dessen Mehrheit nun automatisch den Regierungschef stellte. Unter Pitt wurde die britische Regierung zudem aktiver und effizienter, zog mehr Kompetenzen an sich und griff stärker als je zuvor in die Gesellschaft ein. Die Auswirkungen der Französischen Revolution und der Kriege gegen Frankreich verstärkten diese Tendenz, wenn sie sie nicht sogar mitverursachten. Die Erfahrung der Französischen Revolution und ihrer Rezeption in Großbritannien veränderten das Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung. Die repressive Gesetzgebung jener Jahre ließ den Staat stärker in die Gesellschaft eingreifen und führte ein Element der staatlichen Kontrolle und des Ordnungsdenkens in das Gefüge des politischen Systems und auch der Gesellschaftsordnung des Landes ein.33 Die langjährigen Kriege gegen das revolutionäre und napoleonische

<sup>30</sup> Zum Wandel im Verhältnis von Staat und Bevölkerung in der Neuzeit: Michel Foucault: Geschichte der Gouvernementalität, 2 Bde, bes. Bd. 1: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt/M. 2006; ders.: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit Bd. 1, 3. Aufl. Frankfurt/M. 1989, S. 37f. Zur Bevölkerungspolitik allgemein: Thomas Etzemüller: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2007, S. 17–26.

<sup>31</sup> John Brewer: The Sinews of Power. War, Money and the English State, 1688–1783, London u. a.

<sup>32</sup> Powell: Nationhood and Identity, S. 22f.; Michael Bentley: Politics Without Democracy 1815–1914, Neuaufl. Oxford 1999; Eric J. Evans: The Forging of the Modern State. Early Industrial Britain 1783–1870, 2. Aufl. London-New York 1996.

<sup>33</sup> Powell: Nationhood and Identity, S. 22; Ulrich Broich u. a., Hg.: Reactions to Revolutions. The 1790s and Their Aftermath (Kulturgeschichtliche Perspektiven, Bd. 2), Münster-London 2007; Conway: Britain and the Revolutionary Crisis; Harry T. Dickinson: The Politics of the People in Eighteenth-Century Britain, Basingstoke u. a. 1995; ders.: Britain and the French Revolution, 1789–1815, Basingstoke 1989; ders.: British Radicalism and the French Revolution 1789–1815, Oxford 1985.

Frankreich erweiterten die Rolle des Staates noch stärker.<sup>34</sup> Vor allem wurden nun deutlich mehr und höhere Steuern erhoben als je zuvor, da ohne Steuererhöhung die enormen Rüstungsanstrengungen des Seekrieges nicht zu meistern waren. 1799 wurde erstmals in Großbritannien Einkommensteuer erhoben. Eben diese Steuern gaben dem Staat aber nicht nur die Mittel für die Rüstung an die Hand, sondern zugleich die Möglichkeit, einen effizienteren Verwaltungsapparat aufzubauen und damit den Zentralstaat gegenüber den lokalen Kräften zu stärken. Eine wachsende Zahl von Politikfeldern, die bis dahin in lokalen Zusammenhängen geregelt worden waren, wurde nun zur Aufgabe des Zentralstaats. 35 Zu dieser Entwicklung trugen auch die Armee und die Marine bei, deren immenser Bedarf an Rekruten und Nachschub völlig neue Dimensionen annahm, die nur eine zentralstaatliche Instanz bewältigen konnte.<sup>36</sup>

Das staatliche Interesse an der Bevölkerung, ihrer Zahl und Verteilung, schlug sich 1801 im ersten gesamtnationalen Bevölkerungszensus nieder, der auf den britischen Inseln abgehalten wurde und nicht nur im Zusammenhang mit der Steuererhebung zu sehen ist, sondern als Ausdruck eines wachsenden staatlichen Bedarfs an Informationen, an Wissen.<sup>37</sup> Der Staat hatte begonnen, systematisch, wenn auch noch vergleichsweise zaghaft, in das Leben der Bevölkerung einzugreifen. Volkszählung, Steuer, Wehrdienst und die Gesetzgebung gegen revolutionäre

Einleitung 19

Charles Asdaile: The Peninsular War. A New History, London 2002; Philip G. Dwyer, Hg.: Napoleon and Europe, Harlow u. a. 2001; David Gates: The Napoleonic Wars, 1803–1815, London 1997; Rory Muir: Britain and the Defeat of Napoleon, 1807-1815, New Haven 1996; Michael Duffy: World-Wide War and British Expansion, in: Marshall: OHBE, Bd. 2: The Eighteenth Century, S. 184-207. Siehe außerdem Harry T. Dickinson, Hg.: A Companion to Eighteenth-Century Britain, Oxford 2002.

<sup>35</sup> Henry Parris: Constitutional Bureaucracy. The Development of British Central Administration since the Eighteenth Century, London 1969; David Eastwood: Governing Rural England. Traditions and Transformation in Local Government 1780-1840, Oxford 1994; Powell: Nation and Identity, S. 22; Briggs: Age of Reform. Zum Zusammenhang von Krieg und Steuererhebung: John Brewer: The Sinews of Power. War, Money and the English State, 1688-1783, New York 1989. Allgemein Lutz Raphael: Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert, S. 61-67. Für den kontinentaleuropäischen Fall siehe: ebd. sowie Lutz Raphael: Staat im Dorf. Transformation lokaler Herrschaft zwischen 1750 und 1850: Französische und westdeutsche Erfahrungen in vergleichender Perspektive, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 51/2003, S. 43-61; ders.: L'État dans les villages: Administration et politique dans les sociétés rurales allemandes, françaises et italiennes de l'époque napoléonienne à la Seconde Guerre Mondiale, in: Histoire de l'Europe Rurale Contemporaine, Paris 2006, S. 249-281.

<sup>36</sup> Brewer: Sinews of Power (v.a. Teil IV); Eastwood: Governing Rural England; Briggs: Age of Reform; Raphael: Recht und Ordnung, S. 61-67.

Achim Landwehr: Das gezählte Volk. >Bevölkerung« als Gegenstand einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Barbara Stollberg-Rilinger, Hg.: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 35, Berlin 2005, S. 207–224; Powell: Nationhood and Identity, S. 22; Thomas Etzemüller: Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2007.

Umtriebe ermöglichten Kontrolle und die Ordnung der Verhältnisse. Ein Beispiel für solches »Ordnen« sind Reformen der Landwirtschaft, die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zunehmend von einer Privatsache zur Sache des Parlaments wurden.<sup>38</sup> Durch sie wurde individueller und veräußerbarer Grundbesitz gegenüber hergebrachten Formen der Gemeinwirtschaft, Privateigentum und Produktion für den Markt gegenüber traditionellen Rechten und Nießbrauch gestärkt - zur selben Zeit, zu der Gouverneur Raffles auch in Südostasien Geldwirtschaft einführte und Land aus Gemeineigentum in Individualbesitz umformte. So waren in England wie auf Java Land und Bevölkerung leichter zuzuordnen, zu besteuern und zu kontrollieren. Die Katasterkarte, das Ergebnis der Landvermessung und die Grundlage der Steuererhebung, wurde in Europa wie in Übersee zum Sinnbild und zum Instrument dieser neuen, rationalen Ordnung.<sup>39</sup> Hier, spätestens aber mit den Reformen der 1830er und 1840er Jahre, liegt der Wendepunkt zwischen dem vormodernen und dem modernen Staat; diese Neuordnung britischer Staatlichkeit nach liberalen Grundsätzen läßt sich als das Ende des »Ancien Régime« in Großbritannien bezeichnen.40

Eine solche staatliche Ordnungspolitik wird normalerweise mit dem territorialen Nationalstaat in Verbindung gebracht, in dem Staatsvorstellungen auf ein klar umgrenztes Territorium bezogen wurden, in dem eine kulturell, und zum Teil auch ethnisch, möglichst homogene Bevölkerung leben sollte – eine Struktur, in der Regierung, Territorium, Bevölkerung und kollektive Identität zusammenfallen. Diese Form des Nationalstaats bildet sich in Großbritannien, wie im kontinentalen Europa, jedoch erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts heraus. 41 Großbritannien

<sup>38</sup> Michael Kopsidis: Agrarentwicklung. Historische Agrarrevolutionen und Entwicklungsökonomie (Grundzüge moderner Wirtschaftsgeschichte Bd. 6), Stuttgart 2006, S. 205–276; J. M. Neeson: Commoners. Common Right, Enclosure and Social Change in England, 1700–1820, 2. Aufl. Cambridge 1996; Mark Overton: Agricultural Revolution in England: The Transformation of the Agrarian Economy 1500–1850, Cambridge 1996; Robert C. Allen: Enclosure and the Yeoman. Agricultural Development of the South Midlands, 1450–1850, Oxford 1992.

<sup>39</sup> Benedict Anderson bezeichnet den Zensus, die Karte und das Museum als »totalizing classificatory grid« (klassifikatorisches Raster): Benedict Anderson: Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism, London-New York 1991, S. 163–185, Zitat: 184; vgl. hierzu auch Christoph Conrad: Vorbemerkung, in: GG 28/2002: Mental Maps, S. 339–342, hier S. 341; John Brian Harley: Maps, Knowledge, and Power, in: Denis Cosgrove/Stephen Daniels, Hg.: The Iconography of Landscape, Cambridge 1988, S. 277–312; Scott: Seeing Like a State.

<sup>40</sup> Jonathan C. D. Clark: English Society 1688–1832. Ideology, Social Structure, and Political Practice during the Ancien Regime, Cambridge 1985; Ionna Innes: Jonathan Clark, Social History, and England's »Ancien Régime«, in: Past & Present 115/1987, S. 165–200.

<sup>41 »</sup>Territory is space with a border that allows effective control of public and political life.« (34) »Territory is the premise of state sovereignty.« (34) »controlling people and things by controlling area.« »Effective territories were units where decision space, the writ of effective legislation, shared the same boundaries with identity space, the extended turf that claimed citizens' loyalties.« (35) Charles S. Maier: Transformations of Territoriality 1600–2000, in: Gunilla Budde u. a., Hg.: Trans-

aber hatte die Möglichkeit und den Willen, Ordnungspolitik im globalen Maßstab und außerhalb seines territorialen Herrschaftsbereichs zu betreiben.

Der britische Staat beschränkte sein Interesse, sein Ordnungsdenken und Eingreifen daher nicht etwa auf die eigene, nationale Bevölkerung. Vielmehr gingen britische Gouverneure und Navy-Offiziere in Übersee daran, die Lebensumstände der fremden Kulturen in ihrem Einflußbereich zu reformieren - und zwar mit derselben Selbstverständlichkeit, mit der sie versuchten, die Natur neu zu ordnen. Ihr Ziel war es, die »Eingeborenen« zu »zivilisieren« und ihre Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsweise nach rationalen Kriterien neu zu gestalten. 42 So wurden die innere Ordnung fremder Gesellschaften und sogar die Natur selbst britischen Vorstellungen und Normen angepaßt. Die Möglichkeit zu dieser maritimen Ordnungspolitik hatte der britische Staat durch die weltweite Präsenz und unhinterfragte Überlegenheit der Royal Navy.

Das Buch bietet keine Militärgeschichte, sondern eine zivile, politische Geschichte der Royal Navy und ihres Handelns in der außereuropäischen Welt. Dabei gilt sein Interesse nicht den bilateralen Staatenbeziehungen, der Diplomatie und dem intergouvernementalen Handeln, etwa gegenüber hegemonialen oder wirtschaftlichen Konkurrenten Großbritanniens wie China oder Japan; es geht auch nicht um die britische Territorialherrschaft in Indien, sondern um Praktiken des Regierens in einem aus britischer Sicht staatsfreien Raum, in dem das Gegenüber der Briten einzelne, scheinbar herrschaftsfreie und unstrukturierte Gruppierungen fremder Kulturen, ja sogar die Wildnis der ungezähmten Natur waren. Hier greifen herkömmliche Kategorien der Außenpolitikgeschichte und der Geschichte der internationalen Beziehungen nicht, da sie auf zwischenstaatliche Beziehungen, Diplomatie und das Staatensystem bezogen sind. Die Adressaten und Gegenstände der britischen maritimen Politik waren andere Kulturen und deren Lebensweisen, Wirtschaftsordnungen und Herrschaftsstrukturen sowie die Natur. Auch auf britischer Seite unterschieden sich die beteiligten Akteure vom üblichen außenpolitischen Personal. Admiralität, Navy-Offiziere und Gouverneure der East India Company in Übersee lassen sich zweifellos als staatliche Akteure bezeichnen; sie

nationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien (FS Kocka), Göttingen 2006, S. 32-55; ders.: Consigning the Twentieth Century to History. Alternative Narratives for the Modern Era, in: American Historical Review, June 2000, S. 807-831. Vgl. zum Zusammenhang von Regieren, Bevölkerung und Territorium auch: Michel Foucault: Geschichte der Gouvernementalität, 2 Bde, bes. Bd. 1: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt/M. 2006. Zum Nationalstaat und seiner Entstehung: Dieter Langewiesche: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Europa, München 2000; Eric Hobsbawm: Nations and Nationalism Since 1780. Programme, Myth, Reality, 2. Aufl. Cambridge 2004. Vgl. außerdem Franz Bosbach/Hermann Hiery, Hg.: Imperium/Empire/Reich. Ein Konzept politischer Herrschaft im deutsch-britischen Vergleich, München 1999.

Vgl. Barth/Osterhammel: Zivilisierungsmissionen; Scott: Seeing Like a State.

kooperierten jedoch eng mit gesellschaftlichen Kräften und vertraten mitunter in ihrer eigenen Person sowohl staatliche als auch private Interessen, etwa durch ihre Mitgliedschaft in wissenschaftlichen Institutionen wie der Royal Society oder der Royal Geographical Society. Auch das konkrete Handeln dieser britischen Akteure in Übersee wird oft erst auf den zweiten Blick als politisch relevant und als Machtpolitik erkennbar, etwa wenn Captain Bligh an fernen Stränden Erdbeeren und Kresse pflanzte. Auch die Piratenjagd in Malaysien oder im Mittelmeer erschließt sich erst auf den zweiten Blick als Beitrag zu einer globalen Ordnungspolitik. Erst im Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft, etwa in der Kooperation der Royal Society und der Admiralität, deren Ziele, Interessen und Vorgehen konvergierten, entstand die ordnende, kontrollierende und letztlich interventionistische Politik, die zu Großbritanniens Weltmachtstellung im 19. Jahrhundert beitrug.

Diese Studie versteht sich daher als Beitrag zu einer »Kulturgeschichte des Politischen«.<sup>43</sup> Hier geht es um das grundsätzliche Verständnis von Staatlichkeit und von Politik, vom Verhältnis von Staat und Gesellschaft, und um den Machtbegriff, der in der Geschichte der internationalen Beziehungen und in der breiter gefaßten Neuen Internationalen Geschichte zum Tragen kommt.<sup>44</sup> Die Integration gesellschaftlicher und im weiten Sinne kultureller Themen in die Geschichte des

<sup>43</sup> Barbara Stollberg-Rilinger: Einleitung: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, in: dies.: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, S. 9–24; Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt, Hg.: Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt/M.–New York 2005; Thomas Mergel: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28/2002, S. 574–606.

<sup>44</sup> Zu dieser Unterscheidung: Eckart Conze: Jenseits von Männern und Mächten. Geschichte der internationalen Politik als Systemgeschichte, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas, Hg.: Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 41-64; ders.: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension internationaler Geschichte, in: Loth/ Osterhammel: Internationale Geschichte, S. 117-140; im selben Band: Jürgen Osterhammel: Internationale Geschichte, Globalisierung und die Pluralität der Kulturen, ebd. S. 387-408; Eckart Conze/Ulrich Lappenküper/Guido Müller, Hg.: Geschichte der Internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln u.a. 2004; Eckart Conze: »Moderne Politikgeschichte«. Aporien einer Kontroverse, in: Guido Müller, Hg.: Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe, Stuttgart 1998, S. 19-30; ders.: Friedrich Kießling: Der »Dialog der Taubstummen« ist vorbei. Neue Ansätze in der Geschichte der internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, in: HZ 275/2002, S. 651–680. Für Beispiele einer praktischen Umsetzung: Johannes Paulmann: Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn u.a. 2000. Dagegen aber neuerdings: Thomas Nicklas: Macht- Politik - Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen einer Politischen Kulturgeschichte, in: Archiv für Kulturgeschichte 86/2004, S. 1-25; Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas: Einleitung, in: dies., Hg.: Geschichte der Politik, S. 1-14. Für die unterschiedlichen Machtbegriffe: Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 1. Halbband, Tübingen 1980, S. 28; Michel Foucault: Analytik der Macht; ders.: Wille zum Wissen; ders.: Ordnung des Diskurses; ders.: Überwachen und Strafen; Hannah Arendt: Macht und Gewalt, München 1970; Nye: Soft Power.

staatlichen Handelns stößt dort auf Ablehnung, wo der Staat in Hegelscher Tradition als eigene Entität, als Subjekt verstanden wird, das mehr ist als die Summe seiner Teile und zudem als von der Gesellschaft unabhängig, ja separat gedacht wird. 45 Die angelsächsische Interpretation des Staatsbegriffs dagegen bezeichnet mit Staat die Institutionen, die sich eine jeweilige Gesellschaft gibt und die immer auf deren Wertvorstellungen und Weltbildern basieren. Denn Kultur meint hier nicht, wie im deutschen Sprachgebrauch, den musischen Appendix des Lebens, der für die Freizeitgestaltung und die Bildung der Jugend von Bedeutung ist, sondern die Ideen, Werte und Ordnungsvorstellungen, die dem politischen System, der Wirtschaftsordnung und den sozialen Beziehungen einer Gesellschaft zugrunde liegen. Diese Wertvorstellungen liegen nicht nur den politischen Entscheidungen der Amtsträger zugrunde, sondern bestimmen schon, was in einer Gesellschaft als politisch gilt, was kontrovers ist und ausgehandelt werden muß, und was dagegen selbstverständlich ist und nicht hinterfragt wird.

Die US-amerikanische Forschung hat seit den 1980er Jahren erfolgreich Ideengeschichte und Historiographie zur Außenpolitik und zum internationalen Staatensystem miteinander verbunden. 46 Auch in Deutschland ist eine Geschichtsschreibung zur Außenpolitik, die die völlige Abgrenzung zur Gesellschaft oder gar zur Innenpolitik sucht, aus der Mode gekommen. 47 Umgekehrt hatte die Kul-

<sup>45</sup> Zum Hegelschen Staatsbegriff in Abgrenzung zum angelsächsischen: Ernst Fraenkel: Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt/M. 1991; Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965; Richard Münch: Die Kultur der Moderne, 2 Bde., Frankfurt/M. 1993; Frieder Günther: Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezision und Integration 1949-1970, München 2004. Siehe vor allem auch: G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, [1821], 1974; Alexis de Tocqueville: De la démocratie en Amérique, 2 Bde., Paris 1835, 1840; R. Koselleck/G. Haverkarte/H. Boldt: Staat und Souveränität, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 6, Stuttgart 1989; Hans Maier: Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, 2. Aufl. München 1980; Hans Maier/ Michael Stolleis, Hg.: Bibliothek des deutschen Staatsdenkens, 1994 ff. Für eine aktuelle Position zur Geschichte der internationalen Beziehungen in dieser Tradition: Nicklas: Macht- Politik -Diskurs; Kraus/Nicklas: Einleitung. Siehe auch die Kontroverse zwischen Andreas Hillgruber und Hans-Ulrich Wehler: Andreas Hillgruber: Politische Geschichte in moderner Sicht, in: HZ 216/1973, S. 529-552; Hans-Ulrich Wehler: »Moderne« Politikgeschichte oder »Große Politik der Kabinette«?, in: GG 1/1975, S. 344-369; vgl. dazu Conze: Aporien einer Kontroverse.

Beispielsweise Melvyn P. Leffler: Presidential Address. New Approaches, Old Interpretations, and Prospective Reconfigurations, in: Diplomatic History, Vol. 19, No. 2, Spring 1995, S. 173-189; Michael Hogan/Thomas G. Paterson, Hg.: Explaining the History of American Foreign Relations, Cambridge 1991; Michael Hogan: The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947-1952, Cambridge 1987.

<sup>47</sup> Kraus/Nicklas: Geschichte der Politik; Barbara Stollberg-Rilinger: Rezension zu: Kraus/Nicklas: Geschichte der Politik, in: H-Soz-U-Kult, 22. 11. 2007 [http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/ rezensionen/2007-4-150; 20.01.08]

turgeschichte, darauf macht auch Barbara Stollberg-Rilinger aufmerksam, lange Zeit mit der Kritik zu kämpfen, sie habe Berührungsängste mit harten. Themen wie Macht, Politik, Staat und Militär. Mittlerweile werden auch in Deutschland beide Seiten, nämlich Macht, Staat und Militär auf der einen, und Kultur im Sinne gesellschaftlicher Weltdeutungen und Ordnungsvorstellungen auf der anderen, ganz selbstverständlich zusammen behandelt.

Ansätze der neueren Militärgeschichte werden in meiner Arbeit aufgegriffen, ohne das Thema aber explizit unter dieses Rubrum zu stellen. Denn diese sind in ihrer Perspektive stark auf die deutsche Entwicklung und zudem auf die Armee ausgerichtet; die grundsätzliche Frage nach der Rolle des Militärs in Staat und Gesellschaft teile ich jedoch mit diesen Konzepten.<sup>50</sup>

Die Frage nach britischer Machtpolitik im globalen Rahmen wirft außerdem grundsätzliche Fragen nach der Geschichtsschreibung zum Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung auf.<sup>51</sup> Im Mittelpunkt meiner Studie steht das Handeln einer einzelnen Nation. Insofern ist dies eine nationale Politikgeschichte. Sie spielt aber inmitten der »ersten« Globalisierung, einer Zeit der europäischen Expan-

<sup>48</sup> Stollberg-Rilinger: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen, S. 15–17.

<sup>49</sup> Siehe hierzu etwa den Tübinger Sonderforschungsbereich 437: Kriegserfahrungen. Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit und die zahlreichen daraus hervorgegangenen Veröffentlichungen: [http://www.uni-tuebingen.de/SFB437/F.htm, 14.01.08] und als Beispiel: Dietrich Beyrau/ Michael Hochgeschwender/Dieter Langewiesche, Hg.: Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart, Paderborn u. a. 2007. Außerdem u. a.: Friedrich Kießling: Gegen den »großen« Krieg? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002; Johannes Paulmann: Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn u. a. 2000.

Mark Moyar: The Current State of Military History, in: The Historical Journal, 50/ 2007, S. 225–240; Thomas Kühne/Benjamin Ziemann, Hg.: Was ist Militärgeschichte? (Krieg in der Geschichte, Bd. 6), Paderborn u. a. 2000, hierin insbesondere: dies.: Militärgeschichte in der Erweiterung. Konjunkturen, Interpretationen, Konzepte, S. 9–46; Dieter Langewiesche: Kampf um Marktmacht und Gebetsmühlen der Theorie. Einige Bemerkungen zu den Debatten um eine neue Militärgeschichte, S. 323–327, sowie die Beiträge von Jost Dülffer, Thomas Mergel, Marcus Funck, Anne Lipp, und Bernhard R. Kroener. Siehe außerdem das von Dieter Langewiesche herausgegebene GG-Sonderheft 22/1996: Militärgeschichte heute.

<sup>51</sup> Eckart Conze: Nationale Vergangenheit und globale Zukunft. Deutsche Geschichtswissenschaft und die Herausforderung der Globalisierung, in: Jörg Baberowski u. a.: Geschichte ist immer Gegenwart. Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart-München 2001, S. 43–65; Sebastian Conrad: Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt/M. 2007; Michael Geyer/Charles Bright: Writing World History in a Global Age, in: AHR 100/Oktober 1995, S. 1034–1060; Benedikt Stuchtey/E. Fuchs: Writing World History, 1800–2000, Oxford-New York 2003; Osterhammel/Petersson: Globalisierung; Jürgen Osterhammel: Internationale Geschichte, Globalisierung und die Pluralität der Kulturen, in: Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel, Hg.: Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000, S. 387–408. Für die praktische Umsetzung einer Globalgeschichte: Christopher A. Bayly: The Birth of the Modern World 1780–1914, Malden u. a. 2004; Osterhammel: Verwandlung der Welt.

sion, die im 16. Jahrhundert begonnen hatte und im späten 18. Jahrhundert einen neuen Schub und eine neue Richtung erhielt. Zugleich war dies aber auch eine Zeit der vermehrten Interaktion und wechselseitigen Beeinflussung europäischer, arabischer, afrikanischer, asiatischer und südasiatischer, ozeanischer, atlantischer, südamerikanischer und arktischer Kulturen. Diese wechselseitige Beeinflussung führte mitunter auf allen Seiten zu scharfer Abgrenzung und einer Neudefinition des Eigenen gegen das Fremde, ließ aber dennoch keine Seite unberührt, schon gar nicht die europäische.<sup>52</sup> Dies ist mittlerweile Konsens in der Forschung zur Globalisierung und zu den europäischen Kolonialreichen und Imperien; die Differenzierung von agierender Metropole und rezipierender Peripherie hat sich als Selbsttäuschung der Metropolen erwiesen.53 Mich interessiert hier die Rückwirkung des imperialen Agierens, der überseeischen Verflechtung, auf das Denken und Handeln der Briten. Die Perspektive der Maori, Polynesier und Inuit kann ich aus Gründen der sprachlichen wie fachlichen Kompetenz nicht einnehmen. Insofern ist dieses Buch kein Beitrag zur neueren Globalgeschichtsschreibung.54

Es geht hier dennoch im Grunde um das Zusammenspiel der nationalstaatlichen und der globalen Ebene in der zweiten Welle der europäischen Expansion im 18. und 19. Jahrhundert. Im britischen Fall stärkt die Herausbildung moderner Staatlichkeit die globale Rolle des Landes, noch ehe die enge Verbindung von Bevölkerung und Territorium in den Vordergrund rückt, die die europäischen Nationalstaaten nach 1860 so sehr prägen sollten. Die Interaktion und auch Gewichtsverschiebung zwischen Nationalstaat und Globalisierung scheint mir ein wesentliches Merkmal der europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts zu sein, dessen Relevanz für die Forschung in letzter Zeit Gegenstand der Reflexion geworden ist.55 Aus der Warte des frühen 21. Jahrhunderts, in dem die Globalisierung

<sup>52</sup> Bayly: Birth of the Modern World; Geyer/Bright: Writing World History; Osterhammel/Petersson: Globalisierung.

Als Beispiel: Dipesh Chakrabarty: Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference, Neuaufl., Princeton 2008.

<sup>54</sup> Sebastian Conrad/Andreas Eckert/Ulrike Freitag, Hg.: Globalgeschichte. Theorien, Ansätze, Themen, Frankfurt/M.-New York 2007, hierin besonders: Sebastian Conrad/Andreas Eckert: Globalgeschichte, Globalisierung, multiple Modernen: Zur Geschichtsschreibung der modernen Welt, a.a.O. S. 7-49, und Charles Bright/Michael Geyer: Globalgeschichte und die Einheit der Welt im 20. Jahrhundert, a.a.O. S. 53-108, Sebastian Conrad/Shalini Randeria, Hg.: Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt/M. 2001. Zum 20. Jahrhundert: Andreas Eckert: Globalgeschichte und Zeitgeschichte, in: APuZ 1-3/2012, S. 28-32. Siehe auch: Jürgen Osterhammel/Niels Petersson: Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003.

<sup>55</sup> Für Überlegungen zur Interpretation des 19. Jahrhunderts als Epoche und Gegenstand der Geschichtsschreibung: Jürgen Osterhammel: In Search of a Nineteenth Century, in: German Historical Institute Bulletin, 32/Spring/2003, S. 9-28; Ira Berlin: Comments on Jürgen Osterhammel's »In Search of a Nineteenth Century«, in: Ebda, S. 29-32; Charles S. Maier: Consigning

# Vandenhoeck & Ruprecht

Die Royal Navy beherrschte zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Weltmeere. Sie war jedoch nicht nur ein Instrument der Seekriegsführung, sondern auch dafür zuständig, die Welt kartografisch zu erfassen, auf fernen Inseln Erdbeeren und Eichen zu pflanzen und malaysische Piraten zur Landwirtschaft zu »erziehen«. Dies war Teil einer globalen maritimen Ordnungspolitik und die Grundlage für Großbritanniens imperiale Weltmachtstellung. Julia Angster erzählt die zivile und politische Geschichte der britischen Kriegsmarine und ihrer Rolle in der europäischen Übersee-Expansion des 18. und 19. Jahrhunderts.

#### Die Autorin

Dr. Julia Angster ist Professorin für die Geschichte Großbritanniens und Nordamerikas an der Universität Kassel.



www.v-r.de